



HESSEN



Bericht aus Brüssel

08/2022 vom 22.04.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Wirtschaft.....	3
Verkehr.....	5
Energie.....	6
Forschung.....	6
Finanzdienstleistungen.....	7
Finanzen.....	8
Soziales.....	9
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	10
Umwelt.....	10
Landwirtschaft.....	13
Justiz.....	14
Inneres.....	14
Information, Kommunikation und Medien.....	16
Veranstaltungen.....	17
Vorschau.....	18

Institutionelles

Rat; EU-Unterstützung für die Ukraine

Am 13.04.2022 hat der Rat neue Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) angenommen, die der EU eine weitere Stärkung der Fähigkeiten und der Resilienz der ukrainischen Streitkräfte ermöglichen sollen. Ziel ist es, die territoriale Unversehrtheit und Souveränität des Landes zu verteidigen und die Zivilbevölkerung vor der anhaltenden militärischen Aggression Russlands zu schützen. Mit diesen zusätzlichen 500 Mio. EUR stellt die EU nun insgesamt 1,5 Mrd. EUR zur Unterstützung der Mitgliedstaaten (MS) bei der Lieferung militärischer Ausrüstung an die ukrainischen Streitkräfte bereit. Mit den vereinbarten Maßnahmen soll die Bereitstellung von Ausrüstung und Hilfsgütern für die ukrainischen Streitkräfte durch die MS finanziert werden, wie persönliche Schutzausrüstung, Erste-Hilfe-Kits und Treibstoff sowie militärische Ausrüstung, die für Verteidigungszwecke eingesetzt werden kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/04/13/eu-support-to-ukraine-council-agrees-on-third-tranche-of-support-under-the-european-peace-facility-for-total-1-5-billion/>

Kommission; EU-Beitrittsantrag von Ukraine

Die Ukraine hat Ende Februar 2022 den Beitritt zur EU beantragt. Kommissionspräsidentin von der Leyen hat am 08.04.2022 während ihres Besuchs in Kiew dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj den Fragebogen des EU-Beitrittsprozesses überreicht. In der Erklärung von der Leyens bei ihrem Besuch hieß es dazu unter anderem, die Ukraine gehöre zur europäischen Familie, man könne heute eine erste positive Rückmeldung geben. Dieser Umschlag stelle einen wichtigen Schritt auf dem Weg hin zur EU-Mitgliedschaft dar. Der Fragebogen bilde die Grundlage für die Gespräche in den kommenden Monaten. Hiermit beginne der Weg in die EU. Weiterhin äußerte von der Leyen, man werde den Beitrittsprozess, soweit es möglich sei, beschleunigen und dabei gleichzeitig sicherstellen, dass alle Bedingungen eingehalten werden. Präsident Selenskyj übergab dann am 18.04.2022 den ausgefüllten Fragebogen zum EU-Beitritt offiziell an einen EU-Diplomaten in Kiew. Die Kommission prüft die Beantwortung des Fragebogens in Form einer detaillierten Prüfung jedes Politikbereichs (Kapitels), um festzustellen, wie gut das Land für einen EU-Beitritt vorbereitet ist. Die Kommission kann dann in einer Stellungnahme den Mitgliedsstaaten (MS) der EU empfehlen, einem Land den Status eines Beitrittskandidaten zu gewähren. Der Verleihung des Status als Beitrittskandidat müssen alle 27 MS einstimmig zustimmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_2381

Wirtschaft

Kommission; Übernahme von Meggitt durch Parker unter Auflagen

Am 11.04.2022 gab die Kommission die geplante Übernahme von Meggitt durch Parker unter Auflagen frei. Bedingung der Fusion ist, dass Parker die eingegangenen Verpflichtungen, seinen gesamten Geschäftsbereich für Luftfahrzeuigräder und Bremsen zu veräußern, uneingeschränkt erfüllt. Parker ist ein Unternehmen mit Sitz in den USA, welches weltweit in der Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Antriebs- und Steuertechnologien und -systemen sowie in der Bereitstellung von Präzisionslösungen für eine Vielzahl von Märkten der Bereiche Mobilsteuerung,

Industrie sowie Luft- und Raumfahrt tätig ist. Meggitt ist ein britisches Unternehmen, welches weltweit in Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Bauteilen und Teilsystemen für die Luft- und Raumfahrt sowie die Verteidigungsindustrie und für ausgewählte Energieanwendungen tätig ist. Beide Unternehmen haben unter anderem Standorte in Hessen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2404

Kommission; neues EU-Instrument zur Gewährleistung der Funktion des Binnenmarkts in Notfallsituationen

Am 13.04.2022 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zu einem EU-Instrument zur Gewährleistung der Funktion des Binnenmarkts in Notfallsituationen. Ziel des Verordnungsvorschlags ist die Gewährleistung der Koordinierung, Solidarität und Kohärenz der Krisenreaktion der EU sowie der Schutz der Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts. Dafür sollen der freie Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr, funktionierende Lieferketten und die Verfügbarkeit und der Zugang zu Waren und Dienstleistungen sichergestellt werden. Die Konsultationsfrist endet am 11.05.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13181-Binnenmarkt-neues-EU-Instrument-zur-Gewahrleistung-des-Funktionierens-des-Binnenmarkts-in-Notfallsituationen_de

Kommission; Vorschlag für den Schutz von geistigem Eigentum an traditionellen und regionalen Produkten

Am 13.04.2022 legte die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zum Schutz des geistigen Eigentums an handwerklichen und industriellen Produkten nach dem Vorbild des Systems der geografischen Angaben für Weine, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse vor. Der Verordnungsvorschlag soll einen Rahmen zum Schutz der Authentizität und Originalität traditioneller Praktiken aus europäischen Regionen zur Verfügung stellen. Dazu gehören unter anderem Produkte wie Murano-Glas, Donegal-Tweed, Bunzlauer Keramik oder Messerschmiedewaren aus Solingen. Die Hersteller von solchen traditionellen und regionalen Produkten können die Eintragung der geografischen Angabe bei den Behörden der Mitgliedsstaaten beantragen. Diese leiten die erfolgreichen Anträge zur weiteren Bewertung und Genehmigung an das Amt der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) weiter.

https://ec.europa.eu/growth/publications/regulation-geographical-indications-craft-and-industrial-products-documents_en

Kommission; Genehmigung der Partnerschaftsvereinbarung mit DEU i. H. v. 20 Mrd. EUR

Am 19.04.2022 genehmigte die Kommission ihre Partnerschaftsvereinbarung mit DEU, in welcher die deutsche Investitionsstrategie für Kohäsionsmittel i.H.v. mehr als 20 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021-2027 festgelegt ist. Die Vereinbarung betrifft den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF). Auf der Grundlage dieser Partnerschaftsvereinbarung zwischen der Kommission und DEU werden im Zeitraum von 2021 bis 2027 insgesamt 52 regionale, nationale und INTERREG-Programme in DEU umgesetzt. Zudem hat sich DEU in der Partnerschaftsvereinbarung ausdrücklich verpflichtet, die Koordinierung der kohäsionspolitischen Fonds mit der Aufbau- und Resilienzfähigkeit sicherzustellen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2442

Kommission; Genehmigung einer Beihilferegulung zur Unterstützung deutscher Unternehmen

Am 19.04.2022 genehmigte die Kommission eine Beihilferegulung, mit welcher DEU bis zu 20 Mrd. EUR für von der Ukraine Krise betroffene Unternehmen bereitstellen will. Dies geschieht vor dem Hintergrund des am 23.03.2022 erlassenen befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen (vgl. BaB 07/2022). Die Mittel stehen Unternehmen jeder Größe und aus allen Wirtschaftszweigen mit Ausnahme der Finanzbranche zu, die von der aktuellen geopolitischen Krise und den daraus resultierenden Sanktionen betroffen sind. Mögliche Beihilfen sind direkte Zuschüsse, Steuer- oder Zahlungsvergünstigungen, rückzahlbare Vorschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Eigenkapital und Hybridfinanzierungen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2505

V e r k e h r

Kommission; EU fördert Projekte zur militärischen Mobilität mit 425 Mio. EUR

Am 08.04.2022 gab die Kommission die ersten Projekte bekannt, die im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) im Bereich militärischer Mobilität gefördert werden sollen. Ziel ist es, ein nachhaltiges Verkehrsnetz aufzubauen, welches sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden kann. Dafür werden europaweit 37 Projekte, welche die Bewegung von Militärtruppen und –gütern erleichtern und zu mehr Effizienz bei Einsätzen führen sollen, mit insgesamt 425 Mio. EUR gefördert. Unter den Projekten ist auch der Vorschlag des deutschen Bundesministeriums für Digitales und Verkehr zur Verbesserung der Infrastruktur für 740m Züge im Korridor Nord-Ostsee mit einer CEF-Förderhöhe von rund 49,6 Mio. EUR. Zusätzlich soll der Vorschlag von E.ON Drive Infrastructure GmbH zur Vernetzung der nationalen Netze und Ermöglichung der grenzüberschreitenden Verkehrs-Elektrik in SWE, DEU und ITA mit rund 14,3 Mio. EUR unterstützt werden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/militarische-mobilitat-eu-fordert-projekte-mit-425-mio-euro-2022-04-08_de

Kommission; Aktualisierung der EU-Flugsicherheitsliste

Am 11.04.2022 aktualisierte die Kommission die EU-Flugsicherheitsliste, welche Luftfahrtunternehmen aufführt, für die in der EU Flugverbote oder Betriebsbeschränkungen gelten. Dies ist der Fall, wenn sie internationale Sicherheitsstandards nicht erfüllen. Insgesamt umfasst die Liste 117 Luftfahrtunternehmen. Im Rahmen der Aktualisierung wurden u.a. 21 in Russland zugelassene Luftfahrtunternehmen, welche durch Flugzeugzulassungen ohne gültige Lufttüchtigkeitszeugnisse ernste Sicherheitsbedenken hervorriefen, auf die Liste gesetzt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2389

Kommission; Bewertung der EU-Agentur für Flugsicherheit

Am 21.04.2022 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zur Bewertung der EU-Agentur für Flugsicherheit (EASA). Darin werden die Erfüllung ihrer Ziele, ihres Mandats und ihrer Aufgaben beleuchtet und ihr Beitrag zu einem hohen Niveau der Flugsicherheit in der Zivilluftfahrt genau betrachtet. Die Konsultationsfrist endet am 19.05.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13404-EU-Agentur-fur-Flugsicherheit-Bewertung_de

E n e r g i e

Eurostat; Abhängigkeit der Erdgasimporte 2021

Am 19.04.2022 veröffentlichte das statistische Amt der EU (Eurostat) Daten zur Abhängigkeit von Erdgasimporten der EU im Jahr 2021. Demnach sank die Abhängigkeit im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt von 84% auf 83%. Dieser Rückgang wird begründet mit der Nutzung von Erdgasvorräten, die in den Vorjahren importiert worden waren. Im Jahr 2021 war der Rückgang der Erdgasvorräte der höchste seit Beginn der Aufzeichnung im Jahr 2008. Die höchsten Abhängigkeiten gab es in MTA, SWE und LIT. Die geringste Abhängigkeit hingegen verzeichneten ROM mit 24%, DNK mit 26% und NDL mit 33%. Für DEU lag die Abhängigkeit 2021, wie bereits 2020, bei 89%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20220419-1>

Kommission; Empfehlung von Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs der privaten Haushalte

Am 21.04.2022 stellten die Kommission und die Internationale Energieagentur (IEA) Maßnahmen vor, welche von den lokalen und nationalen Regierungen und ihren Bürgerinnen und Bürgern ergriffen werden können, um den Energieverbrauch zu senken und so Geld zu sparen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der durch die vom Krieg in der Ukraine verschärften Energiekrise und ihren Auswirkungen auf die Energiepreise sowie des Ziels der Reduktion der Treibhausgasemissionen. Der Plan „Playing my part: Wie man Geld spart, die Abhängigkeit von russischer Energie verringert, die Ukraine unterstützt und dem Planeten hilft“ empfiehlt Maßnahmen, wie beispielsweise das Herunterstellen der Heizung, den verringerten Gebrauch von Klimaanlage oder die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Würden alle Empfehlungen des Plans verfolgt werden, könnte ein typischer EU-Haushalt rund 500 EUR pro Jahr einsparen.

https://ec.europa.eu/info/news/european-commission-and-iea-outline-key-energy-saving-actions-2022-apr-21_de

F o r s c h u n g

Kommission; Horizont Europa; Forschung; Russland; Ukraine

Am 08.04.2022 hat die Kommission infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine die Zusammenarbeit mit russischen Einrichtungen im Bereich Forschung, Wissenschaft und Innovation im Forschungsrahmenprogramm gestoppt. Auf Grundlage einer Weisung von Forschungskommissarin Mariya Gabriel hat die Kommission erklärt, die Beteiligung an allen laufenden Finanzhilfvereinbarungen mit russischen öffentlichen Einrichtungen bzw. damit verbundenen Stellen zu beenden und alle damit verbundenen Zahlungen im Rahmen von Horizont 2020 und Horizont Europa, Euratom und Erasmus+ auszusetzen. Im Rahmen dieser Programme werden somit keine neuen Verträge oder Vereinbarungen mit russischen öffentlichen Einrichtungen oder damit verbundenen Stellen geschlossen. Diesem Schritt ging eine erste restriktive Maßnahme von Anfang März 2022 voraus, die aber nur einer vorübergehenden Aussetzung der Zahlungen (unter dem Programm Horizont 2020) entsprach. Vizepräsidentin Margrethe Vestager hatte diese Entscheidung dahingehend gerechtfertigt, dass die Voraussetzung der Forschungszusammenarbeit mit der EU die Achtung der Freiheiten sowie des Rechts ist und vehement die militärische Aggression Russlands gegenüber der Ukraine verurteilt. Allerdings bleiben grundsätzlich auch nach dem Stopp der Kooperation noch Stipendien (Fellowships) im Rahmen des

Europäischen Forschungsrats (ERC) und MSCA (Marie-Curie-Aktionen) zugunsten russischer Forscher möglichst, diesbezügliche Förderanträge werden von der Kommission aber im Einzelfall geprüft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2332

Finanzdienstleistungen

Rat; Standpunkt zu europäischen grünen Anleihen

Die Botschafterinnen und Botschafter bei der EU haben den Standpunkt des Rates zu einem Vorschlag zur Schaffung europäischer grüner Anleihen am 13.04.2022 gebilligt. Mit dieser Verordnung sollen einheitliche Anforderungen für Anleiheemittenten, die Anlegern in der EU unter der Bezeichnung „europäische grüne Anleihe“ oder „EuGB“ ökologisch nachhaltige Anleihen bereitstellen wollen, festgelegt werden. Ebenso soll ein Registrierungssystem und ein Aufsichtsrahmen für externe Bewerter europäischer grüner Anleihen geschaffen werden. Nachdem der Rat seinen Standpunkt zu dem Vorschlag festgelegt hat, ist er nun bereit, Verhandlungen mit dem EP aufzunehmen, um eine Einigung über die endgültige Fassung des Textes zu erzielen. Dies stellt einen Teil der Bemühungen dar, die klima- und energiepolitischen Ziele umzusetzen, die im Rahmen des Übereinkommens von Paris und der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung bis 2030 vereinbart wurden.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/04/13/sustainable-finance-council-agrees-its-position-on-european-green-bonds/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Nachhaltiges+Finanzwesen%3a+Rat+legt+seinen+Standpunkt+zu+europ%u00e4ischen+gr%u00fcnen+Anleihen+fest

Kommission; Konsultation zu Geldmarktfonds

Die Kommission hat am 19.04.2022 eine gezielte öffentliche Konsultation gestartet, um die Angemessenheit der EU-Vorschriften für Geldmarktfonds zu bewerten. Geldmarktfonds sind Investmentfonds, die überwiegend in kurzfristige Schuldtitel wie Wertpapiere von Banken, Unternehmen oder Regierungen investieren und damit eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Wirtschaft spielen. Ziel der Konsultation ist es, Rückmeldungen über das Funktionieren des Rechtsrahmens einzuholen und Daten, insbesondere Wirtschaftsdaten, über die Nutzung von Geldmarktfonds zu sammeln. Die Konsultation läuft bis zum 13.05.2022. Die Verordnung über Geldmarktfonds, die seit Januar 2019 in vollem Umfang gilt, ist Teil des EU-Rechtsrahmens für die Zeit nach der Krise, der darauf abzielt, die Integrität und Stabilität des Binnenmarkts zu wahren und Kredit- und Liquiditätsrisiken im Geldmarktfonds-Sektor zu verringern. Diese Regeln stehen im Einklang mit den internationalen Arbeiten zur marktbasierter Finanzierung. Die im Rahmen dieser Konsultation gesammelten Rückmeldungen werden die Beiträge der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) und des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) sowie die im Rahmen anderer internationaler Initiativen (z. B. des Finanzstabilitätsrats) gesammelten Informationen ergänzen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-vorschriften-fur-geldmarktfonds-ihre-meinung-ist-gefragt-2022-04-12_de

Kommission; Jahresbericht 2021 der Aufsichtsbehörden

Der Gemeinsame Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden (ESA) – der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), der Europäischen Versicherungsaufsicht (EIOPA) und der Europäischen Wertpapieraufsicht (ESMA) – hat am 19.04.2022 seinen Jahresbericht 2021 veröffentlicht, der einen detaillierten Überblick über die

gemeinsame Arbeit des vergangenen Jahres gibt. Der Gemeinsame Ausschuss, der 2021 unter dem Vorsitz der ESMA stand, spielte weiterhin eine zentrale Rolle bei der Koordinierung und dem Informationsaustausch zwischen den ESA, der Kommission und dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB). Ein wesentlicher Teil ihrer Arbeit im Jahr 2021 konzentrierte sich auf die Entwicklung des regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Rahmens für nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungen. Die wichtigsten sektorübergreifenden Schwerpunkte waren weiterhin die gemeinsame Risikobewertung, die Verbesserung des Verbraucherschutzes und die Entwicklung des Regulierungs- und Aufsichtsrahmens für nachhaltige Finanzierungen und Verbriefungen. Darüber hinaus wurde das Arbeitsprogramm durch die Beobachtung und Mitwirkung an den Entwicklungen im Bereich der digitalen Finanzen, die Unterstützung des Ausbaus von FinTech-Unternehmen durch Innovationszentren sowie die Cybersicherheit ergänzt.

<https://www.eba.europa.eu/esas-publish-joint-annual-report-2021>

Finanzen

EZB; Niedrigzinsen werden beibehalten

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat bei seiner Sitzung am 14.04.2022 erklärt, dass die infolge des Ukraine-Krieges steigenden Energie- und Rohstoffpreise die Nachfrage schmälern und damit die Produktion bremsen. Ebenso sei die Inflation stark gestiegen und werde auch in den kommenden Monaten hoch bleiben. Die Entwicklung der Wirtschaft hänge entscheidend vom weiteren Verlauf des Konflikts ab. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätzinssatz bei -0,50%. Hinsichtlich des Pandemienotfallprogramms PEPP beabsichtigt der EZB-Rat, die Tilgungsbeiträge der in diesem Rahmen erworbenen Wertpapiere mindestens bis Ende 2024 weiterhin bei Fälligkeit wieder anzulegen. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios werde in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird. Die monatlichen Nettoankäufe im Rahmen des APP (Asset Purchase Programme) werden sich im April auf 40 Mrd. EUR, im Mai auf 30 Mrd. EUR und im Juni auf 20 Mrd. EUR belaufen. Auf seiner Sitzung kam der EZB-Rat zu dem Schluss, dass die seit seiner letzten Sitzung neu verfügbaren Daten seine Erwartung stärken, dass die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des APP im dritten Quartal eingestellt werden sollten.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.mp220310~2d19f8ba60.de.html>

Kommission; Befragung zur Besteuerung von Alkohol

Die Kommission überprüft die EU-weit harmonisierten Mindeststeuersätze für Alkohol und alkoholische Getränke und hat dazu am 19.04.2022 zwei Befragungen gestartet. Zum einen bittet sie um Rückmeldungen von Akteuren, die tagtäglich mit den geltenden Vorschriften arbeiten, also Unternehmen, Steuer- und Gesundheitsbehörden sowie Experten, Nichtregierungsorganisationen und Berufsverbände. Zum anderen können sich Bürgerinnen und Bürger an einer öffentlichen Konsultation beteiligen. Bis zum 04.07.2022 können Beiträge eingesandt werden. Die geltenden Vorschriften in diesem Bereich, auf die sich alle Mitgliedstaaten gemeinsam geeinigt hatten, legen Mindestsätze für alkoholische Erzeugnisse fest. Sie unterstützen das Funktionieren des europäischen Binnenmarkts, indem sie Wettbewerbsverzerrungen vermeiden. Darüber hinaus bieten sie einen zusätzlichen

Nutzen für andere Zwecke, wie die Bekämpfung des Steuerbetrugs und die öffentliche Gesundheit. Die derzeitigen Vorschriften wurden jedoch seit 1992 nicht mehr aktualisiert und haben weder mit der Inflation noch mit der Marktentwicklung, den Verbrauchsmustern oder den wachsenden Bedenken hinsichtlich der öffentlichen Gesundheit Schritt gehalten. Deshalb werden die Ergebnisse der beiden gestarteten Befragungen in eine umfassendere Bewertung der Vorschriften einfließen. Sie soll den Weg ebnen für eine Überarbeitung und Verbesserung der geltenden Rechtsvorschriften.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/besteuerung-von-alkohol-kommission-bittet-um-ruckmeldung-zu-mindeststeuersatzen-2022-04-12_de

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 7,4% gestiegen

Am 21.04.2022 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im März 2022 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 7,4% gegenüber 5,9% im Februar. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,3% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im März bei 7,8% gegenüber 6,2% im Februar. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,7% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in MTA (4,5%), FRA (5,1%) und PTL (5,5%) gemessen, die höchsten in LIT (15,6%), EST (14,8%) und CZR (11,9%). Im März kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (+4,36 Prozentpunkte), gefolgt von Dienstleistungen (+1,12 Prozentpunkte), Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+1,07 Prozentpunkte) sowie Industriegütern ohne Energie (+0,9 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im März 7,6%, die in BEL 9,3%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14497739/2-21042022-AP-DE.pdf/c7d47d4e-c1bc-b5c6-c7a2-bbea82eb9103>

Soziales

Kommission; Quartalsberichts über Beschäftigung und soziale Entwicklungen in Europa

Am 11.04.2022 veröffentlichte die Kommission die neueste Ausgabe des Quartalsberichts über Beschäftigung und soziale Entwicklungen in Europa (ESDE). Die vierteljährlich erscheinenden ESDE-Berichte bieten einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen auf dem Sozial- und Arbeitsmarkt in der EU, begleitet von spezifischen thematischen Analysen. Die jüngste Ausgabe zeigt, dass junge Frauen (im Alter von 25-29 Jahren) zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn auf dem EU-Arbeitsmarkt mit einem unbereinigten geschlechtsspezifischen Lohngefälle von 7,2 % konfrontiert sind. In der Überprüfung wird auch festgestellt, dass die Lohnunterschiede zwischen jungen Frauen und Männern auf der Grundlage der verfügbaren Daten schwer zu erklären sind. Darüber hinaus sind bestimmte Unterschiede bei den Arbeitnehmermerkmalen für erhebliche Lohnunterschiede verantwortlich, die jedoch in unterschiedliche Richtungen wirken - insbesondere verdienen junge Männer tendenziell mehr, weil sie in höher bezahlten Wirtschaftszweigen arbeiten, während junge Frauen tendenziell höhere Löhne erzielen, weil sie besser ausgebildet sind. Im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit stellt der Bericht eine Steigerung der Quote von 15% im Jahr 2019 auf 16,8% im Jahr 2020 in der EU fest. Auch in DEU ist die Rate gestiegen (von 5,8% 2019 auf 7,4% 2020). Sie ist dennoch weiterhin die niedrigste Quote in der EU.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=8455&furtherPubs=yes>

Kommission; Sondierung zu Ökodesign-Anforderungen für externe Netzteile

Die Kommission hat am 06.04.2022 eine Konsultation für eine Verordnung zur Überprüfung der Ökodesign- und Informationsanforderungen für externe Netzteile eröffnet. Externe Teile sind Stromadapter zur Umwandlung von Strom aus dem Haushaltsnetz in Strom niedrigerer Spannungen. Sie versorgen beispielsweise Smartphones, Tablets oder Notebooks mit Strom. Mit dieser Initiative sollen die EU-Vorschriften für diese Geräte überprüft werden, die seit 2020 in Kraft sind. Ferner zielt die Initiative darauf ab, die Interoperabilität zu fördern, die Einführung des Ladeprotokolls USB Power Delivery zu erleichtern und Informationsanforderungen zu verbessern, damit die Verbraucher externe Netzteile/Ladegeräte ermitteln können, die für ihre Geräte geeignet sind. Rückmeldungen sind bis zum 04.05.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13351-Externe-Netzteile-Okodesign-und-Informationsanforderungen-Überprüfung_de

Kommission; Konsultation zu Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern

Am 19.04.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation für eine Delegierte Verordnung zu Anforderungen zur Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern veröffentlicht. Ziel ist es, die Vorschriften für die Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern zu überarbeiten und zu ersetzen, da die frühere Verordnung in einem Urteil des Gerichts der Europäischen Union vom 08.11.2018 mit Wirkung vom 18.01.2019 für nichtig erklärt wurde. Rückmeldungen sind bis zum 12.07.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12833-Anforderungen-an-die-Energieverbrauchskennzeichnung-von-Staubsaugern_de

Umwelt

Kommission; Neonikotinoide; Einsatz von Sulfoxaflor; Bienenschutz

Die Kommission kündigte am 07.04.2022 an, dass sie den Schutz der Bestäuber vor dem hochgiftigen neonikotinoiden Pestizid Sulfoxaflor durch eine neue Gesetzesinitiative weiter vorantreiben möchte. Der Berufungsausschuss, den die Kommission im Bestreben angerufen hatte, Unterstützung für ihren Vorschlag zum Verbot der Verwendung des Pestizids im Freien zu erhalten, hatte im Kreis der Mitgliedstaaten nach Befassung im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (SCoPAFF) die erforderliche qualifizierte Mehrheit hierfür nicht erreicht. Die Kommission möchte daher alsbald einen neuen Vorschlag verabschieden. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse der EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) zeigten, dass die Anwendung von Sulfoxaflor im Freien für Hummeln und Solitärbiene (sog. „Wild Pollinators“) schädlich sein kann.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_22_2361

Kommission; Sondierung zu neuem EU-Waldüberwachungsrahmen

Am 08.04.2022 hat die Kommission eine Sondierung über den Vorschlag für eine Verordnung zur Entwicklung eines neuen EU-Rahmens für die Waldüberwachung eröffnet. Ziel der Initiative ist es, einen EU-weiten Waldbeobachtungsrahmen zu entwickeln, der einen offenen Zugang zu detaillierten, genauen, regelmäßigen und zeitnahen Informationen über den Zustand und die Bewirtschaftung der Wälder in der EU sowie über die zahlreichen Produkte und Ökosystemdienstleistungen der Wälder

bietet. Zudem sollen mit der Initiative das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Waldbewirtschaftung gestärkt, illegaler Holzeinschlag verringert, nachhaltige Waldbewirtschaftung gefördert und die Anpassung der Wälder an den Klimawandel unterstützt werden. Rückmeldungen sind bis zum 06.05.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13396-Walder-in-der-EU-neuer-EU-Rahmen-fur-die-Walduberwachung-und-Strategieplane_de

Kommission; Konsultation zum Europäischen Schadstofffreisetzungs- und verbringungsregister

Die Kommission eröffnete am 08.04.2022 die Rückmeldungsphase für einen Vorschlag zur Aktualisierung des Europäischen Schadstofffreisetzungs- und –verbringungsregisters. Zweck dieser Initiative ist es, den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformation zu verbessern und die Überarbeitung eng damit zusammenhängender Rechtsvorschriften über Industrieemissionen zu unterstützen. Weiterhin soll diese Initiative dazu beitragen, dass die Ziele im Rahmen des Europäischen Grünen Deals in Bezug auf die Vermeidung von Umweltverschmutzung, Klimaneutralität, biologische Vielfalt und eine sauberere, stärkere kreislauforientierte Wirtschaft verwirklicht werden. Rückmeldungen können bis zum 10.06.2022 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12583-Industrielle-Umweltverschmutzung-Europaisches-Schadstofffreisetzungs-und-verbringungsregister-aktualisierte-Vorschriften-_de

Kommission; Konsultation zur F-Gase-Verordnung

Am 08.04.2022 eröffnete die Kommission die Rückmeldungsphase zum Vorschlag zur Änderung der EU-Rechtsvorschriften für F-Gase. F-Gase oder auch fluorierte Gase sind nicht natürlich vorkommende Treibhausgase, die in verschiedenen Geräten und Produkten, wie Kühlschränke oder Klimaanlage, verwendet werden. Diese sind hoch klimawirksam und tragen so zum Klimawandel bei. Die EU verabschiedete 2014 Vorschriften zur erheblichen Verringerung von F-Gasen, die im Rahmen dieser Initiative aktualisiert werden, um dem Europäischen Grünen Deal, den jüngsten internationalen Verpflichtungen in Bezug auf teilfluorierte Kohlenwasserstoffe (HFKW), den erzielten Fortschritten und gewonnenen Erkenntnissen Rechnung zu tragen. Die Kommission hat den Vorschlag für eine F-Gase-Verordnung am 05.04.2022 angenommen. Rückmeldungen können bis zum 10.06.2022 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12479-Fluorierte-Treibhausgase-Überprüfung-der-EU-Vorschriften-2015-20-_de

Kommission; Konsultation zur Verordnung für ozonschädigende Substanzen

Am 08.04.2022 eröffnete die Kommission die Rückmeldungsphase zum Verordnungsvorschlag zur Änderung der EU-Vorschriften für den Schutz der Ozonschicht. Die Überarbeitung dient der Umsetzung des Montrealer Protokolls der Vereinten Nationen über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen und trägt zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050 bei. Das Protokoll verbietet die Herstellung, den Handel und die Verwendung von ozonabbauenden Stoffen (ozone depleting substances, ODS). Die Überarbeitung der ODS-Verordnung soll Kontrollmaßnahmen vereinfachen und durch eine einzige Anlaufstelle für mehr Kohärenz mit den Zollvorschriften sorgen. Außerdem werden Ausstiegsdaten für den Luftverkehr verändert. Rückmeldungen sind bis zum 10.06.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12310-Schutz-der-Ozonschicht-Überprüfung-der-EU-Vorschriften_de

Kommission; Konsultation zu Überarbeitung der Ökodesign-Anforderungen an Staubsauger

Die Kommission eröffnete am 08.04.2022 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Ökodesign-Anforderungen an Staubsauger, die darauf abzielt, EU-Vorschriften vor dem Hintergrund des technischen Fortschritts zu überarbeiten. Zusätzlich soll untersucht werden, ob akkubetriebene Staubsauger und Saugroboter in den Anwendungsbereich aufgenommen und auch die Werkstoffe und die Lebensdauer von Staubsaugern berücksichtigt werden sollten. Rückmeldungen sind bis zum 30.06.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12832-Energieeffizienz-Okodesign-Anforderungen-an-Staubsauger-Uberarbeitung-de>

Kommission; EU stärkt Klima- und Energiekooperation mit Ägypten im Hinblick auf COP27

Die EU und Ägypten haben am 11.04.2022 nach umfassenden Konsultationen zwischen dem Exekutiv-Vizepräsidenten Franz Timmermans und Mitgliedern der ägyptischen Regierung vereinbart, ihre Zusammenarbeit in Energie- und Klimafragen zu stärken. In einer gemeinsamen Erklärung erklärten der EU-Exekutiv-Vizepräsident und der ägyptische Außenminister und designierte Präsident der 27. Tagung der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (UNFCCC), Sameh Shoukry, dass sie bestrebt sein werden, auf der COP27 ehrgeizige Ergebnisse zu erzielen. Weiterhin hat der ägyptische Außenminister angemerkt, dass die Umsetzung der auf der COP26 in Glasgow im vergangenen Jahr gemachten Zusagen und Ankündigungen Priorität haben werden. Man habe sich geeinigt, gemeinsam daran zu arbeiten, die Mobilisierung der Klimafinanzierung für Entwicklungsländer und insbesondere für afrikanische Länder zu fördern. Ferner seien sich beide Seiten darüber einig, die Zusammenarbeit bei der Versorgung mit Flüssigerdgas und grünem Wasserstoff zu verstärken und eine Mittelmeerpartnerschaft für grünen Wasserstoff zu entwickeln, die den Wasserstoffhandel zwischen Europa, Afrika und der Golfregion umfasst.

https://ec.europa.eu/clima/news-your-voice/news/joint-statement-european-union-egypt-2022-04-11_en

Kommission; EU-Mittel in Höhe von 1 Mrd. EUR zum Schutz der Ozeane

Die EU hat am 14.04.2022 auf der Konferenz „Unser Ozean“ in Palau ihre Zusage zur internationalen Meerespolitik bekräftigt und eine Liste mit 44 Verpflichtungen für den Zeitraum 2020-2022 in Höhe von fast 1 Mrd. EUR vorgelegt. Die Konferenz richtet sich an globale Partner, um Lösungen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Meeresressourcen zu finden, die Widerstandsfähigkeit der Ozeane gegenüber dem Klimawandel zu erhöhen und ihre Gesundheit für künftige Generationen zu bewahren. Bei der diesjährigen Konferenz hat die EU ihren Schwerpunkt auf den Schutz der Ozeane und deren Wiederherstellung gelegt, beispielsweise indem sie Beiträge zur Initiative wie dem One-Ocean Gipfeltreffen und der bevorstehenden Ozean-Konferenz der Vereinten Nationen leistet. Zudem aktualisiert die EU derzeit ihre Agenda für die internationale Meerespolitik. So wird die EU im Zeitraum 2021-2023 fast 500 Mio. EUR für Forschung, Entwicklung und Innovation im Rahmen der „Mission zur Wiederherstellung unserer Ozeane und Gewässer bis 2030“ von Horizon Europa bereitstellen. Weiterhin kündigte die EU an, dass sie einen Beitrag in Höhe von 55 Mio. EUR über einen Zeitraum von zwei Jahren zur Stärkung der Überwachung der Meeresumwelt und der Überwachung des Klimawandels zur Verfügung stellen wird.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2398

Kommission; Konsultation zu Grenzkontrollen für Erzeugnisse tierischen Ursprungs

Am 07.04.2022 hat die Kommission den Entwurf einer Durchführungsverordnung über Grenzkontrollen für Erzeugnisse tierischen Ursprungs und zusammengesetzte Erzeugnisse, einschließlich der Codes der kombinierten Nomenklatur, im Interesse der Lebensmittelsicherheit zur Konsultation gestellt. Dieser Durchführungsrechtsakt dient der Änderung der Liste der Erzeugnisse tierischen Ursprungs und der zusammengesetzten Erzeugnisse, die gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 an Grenzkontrollstellen amtlich zu kontrollieren sind. Dabei enthält die geänderte Liste auch die Codes der Kombinierten Nomenklatur für die betreffenden Erzeugnisse. Rückmeldungen sind bis zum 05.05.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13245-Lebensmittelsicherheit-Grenzkontrollen-fur-Erzeugnisse-tierischen-Ursprungs-und-zusammengesetzte-Erzeugnisse-einschließlich-ihrer-KN-Codes- de>

Kommission; Kurzfristiger Ausblick Agrarmärkte

Die Kommission hat am 07.04.2022 die Frühjahrsausgabe des kurzfristigen Ausblicks für die EU-Agrarmärkte veröffentlicht. Während die Länder im ersten Quartal 2022 allmählich die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie aufhoben, brachte die russische Invasion der Ukraine einen neuen Schock und neue Unsicherheiten in die Weltmärkte. Die EU war dabei aufgrund ihrer geografischen Nähe zu Russland und der Ukraine und ihrer Handelsbeziehungen zu diesen beiden Ländern besonders gefährdet. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die russische Invasion in der Ukraine zu erheblichen Störungen auf den globalen Agrarmärkten geführt habe, wodurch die Unsicherheit über die künftige globale Verfügbarkeit von Getreide und Ölsaaten zugenommen habe, was die bereits angespannte Marktlage noch weiter verschärft habe. Die EU sei im Agrar- und Lebensmittelhandel weitgehend autark, jedoch bestünden Bedenken hinsichtlich der Erschwinglichkeit aufgrund der hohen Marktpreise und der Inflationsentwicklung.

<https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/farming/facts-and-figures/markets/outlook/short-term de>

Kommission; Zweites Paket von Krisenmaßnahmen für Fischerei

Die Kommission hat am 13.04.2022 eine legislative Änderung des Europäischen Meeres- und Fischereifonds 2014-2020 (EMFF) vorgeschlagen, die zusätzliche Krisenmaßnahmen zur Unterstützung des Fischerei- und Aquakultursektors der EU im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine ermöglichen würde. Dies ergänzt das erste Paket mit Krisenmaßnahmen vom 25.03.2022, das im Rahmen des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) angenommen wurde. Sobald der Vorschlag angenommen wird, steht den Mitgliedstaaten finanzielle Unterstützung für zusätzliche Kosten und wirtschaftliche Verluste infolge der Ukraine-Krise zu, insbesondere finanzielle Entschädigung für zusätzliche Kosten, für Einkommensverluste und für die Lagerung von Erzeugnissen sowie für die vorübergehende Einstellung von Fangtätigkeit. Die Entschädigungsregelungen werden dann in bestehende EMFF-Maßnahmen aufgenommen, um ihre schnelle Umsetzung zu erleichtern. Erst mit der Zustimmung des Parlaments und des Rats wird dieser Legislativvorschlag wirksam.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_2408

Kommission; Konsultation zur Liste von für die Behandlung von Menschen bestimmten Antibiotika

Die Kommission hat am 19.04.2022 den Entwurf einer Durchführungsverordnung über die Erstellung eines Verzeichnisses der für die Behandlung von Menschen bestimmten antimikrobiellen Arzneimittel (Antibiotika) veröffentlicht. Im Rahmen dieser Initiative wird ein Verzeichnis mit antimikrobiellen Wirkstoffen oder Gruppen von antimikrobiellen Wirkstoffen erstellt, die ausschließlich der Behandlung von Infektionen beim Menschen vorbehalten sind. Diese antimikrobiellen Wirkstoffe werden somit nicht für die Verwendung bei Tieren (z.B. in der Landwirtschaft) zugelassen. Rückmeldungen sind bis zum 17.05.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11653-Arzneimittelresistenz-Verzeichnis-der-fur-die-Behandlung-von-Menschen-bestimmten-antimikrobiellen-Arzneimittel-Antibiotika_de

Justiz

Kommission; Untersuchung von Kriegsverbrechen in der Ukraine

Die Kommission hat am 13.04.2022 bekanntgegeben, dass sie ihre Bemühungen zur Untersuchung von Kriegsverbrechen in der Ukraine weiter vorantreibt. In einem Schreiben an die Mitgliedstaaten hatte EU-Justizkommissar Didier Reynders um Unterstützung der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft gebeten, etwa durch die Bereitstellung von Ermittlern zur Dokumentation von Kriegsverbrechen, von Experten mit forensischem Fachwissen oder von Ausrüstung für die sichere Aufbewahrung von Beweismaterial. Die Kommission stehe bereit, die gemeinsamen Bemühungen zu koordinieren. Die EU hat bereits eine gemeinsame Ermittlungsgruppe mit der Ukraine eingerichtet, die Beweise sammeln und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine untersuchen soll. Sie werde eng mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeiten, so die Kommission.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-treibt-untersuchung-von-kriegsverbrechen-der-ukraine-voran-2022-04-13_de

Innere

Kommission; Ausweitung der EU-Flüchtlingshilfe für Moldau

Die Kommission hat am 12.04.2022 bekanntgegeben, dass die EU ihre humanitäre Hilfe für Flüchtlinge, die vor dem Krieg in der Ukraine in die Republik Moldau geflohen sind, ausweiten will. Zusätzlich zu bereits bereitgestellten EU-Mitteln werde in Moldau im Rahmen der europäischen Kapazität für humanitäre Hilfe (EHRC) auch ein humanitärer Einsatz gestartet, um die Notfallmaßnahmen der EU zu intensivieren und bereits vor Ort tätige humanitäre Partner zu unterstützen. Der Einsatz umfasse u.a. die Einrichtung einer Lagerhalle in Chişinău für die humanitären Partner sowie die Lieferung von über 1200 EU-eigenen Zelten und 4000 Decken. Die Lieferung soll über drei von der EU errichtete Luftbrücken erfolgen. Die Lagerhalle und die Verteilung der humanitären Hilfsgüter werde vollständig von der EU finanziert, so die Kommission.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2396

Rat; EU erhöht Vorschuss für Mitgliedstaaten zur Flüchtlingsaufnahme

Der Rat hat am 12.04.2022 die Änderung eines Rechtsakts angenommen, um den Mitgliedstaaten (MS) die Aufnahme von Menschen, die aufgrund der russischen

Aggression aus der Ukraine fliehen, zu erleichtern. Entsprechend der Anzahl aufgenommener Flüchtlinge in diesem Jahr würden zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 3,5 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Die Änderungen zielen darauf ab, die Vorschusszahlung im Rahmen der Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe – REACT-EU) zu erhöhen. Konkret werde die Vorschusszahlung, die 2022 aus REACT-EU gezahlt wird, für alle MS von 11% auf 15% erhöht. Für MS, in denen die Zahl der Einreisen aus der Ukraine am Ende des ersten Monats nach der russischen Invasion mehr als 1% der Bevölkerung ausmachte, werde sie von 11% auf 45% erhöht.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-14-2022-INIT/de/pdf>

Europol; Eines der weltweit größten Hacker-Foren abgeschaltet

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 12.04.2022 bekanntgegeben, dass es gelungen sei, eines der weltweit größten Hacker-Foren vom Netz zu nehmen. Die sog. „RaidForums“ zählten mehr als eine halbe Mio. aktiver Mitglieder, die sich u.a. auf geklaute Kreditkartendaten und Kontozugänge spezialisiert hatten. Laut Europol wurden die „RaidForums“, die auch als illegaler Marktplatz fungierten, deren Domains und Sub-Domains sowie deren Infrastruktur nun beschlagnahmt. Die Operation unter dem Titel „Tourniquet“ (deutsch: Drehkreuz) sei durch die Festnahme sowohl des Administrators der Plattform als auch zweier „Mittäter“ erfolgreich abgeschlossen worden. Laut Angaben von Europol waren zahlreiche Ermittler aus den USA, GBR, SWE, PTL, ROM sowie DEU an der Operation beteiligt.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/one-of-world%E2%80%99s-biggest-hacker-forums-taken-down>

ENISA; Studie zu mitgliedstaatlichen CVD-Strategien vorgestellt

Die Agentur der EU für Cybersicherheit (ENISA) hat am 13.04.2022 eine Analyse der nationalen Maßnahmen zur koordinierten Offenlegung von Schwachstellen (Coordinated Vulnerability Disclosure, CVD) in 19 Mitgliedstaaten veröffentlicht und Empfehlungen ausgesprochen. Durch CVD-Maßnahmen solle sichergestellt werden, dass Software-Schwachstellen der Öffentlichkeit bekannt gemacht würden, sobald der Hersteller diese beseitigt habe. Die wichtigsten Empfehlungen aus der Analyse sind Änderungen der Strafgesetze und der Richtlinie über Cyberkriminalität, um Rechtssicherheit bei der Aufdeckung von Sicherheitslücken gewährleisten zu können, die Festlegung spezifischer Kriterien für eine klare Unterscheidung zwischen "ethischem Hacking" und "Black Hat"-Aktivitäten sowie die Schaffung von Anreizen für Sicherheitsforscher, sich aktiv an der CVD-Forschung zu beteiligen.

<https://www.enisa.europa.eu/news/enisa-news/coordinated-vulnerability-disclosure-policies-in-the-eu>

Frontex; Illegale Migration im ersten Quartal 2022 auf Rekordniveau

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 14.04.2022 Zahlen veröffentlicht, wonach illegale Grenzübertritte in die EU im ersten Quartal 2022 so stark zugenommen hätten wie zuletzt 2016, dem Jahr der Flüchtlings- und Migrationskrise. Vorläufige Berechnungen hätten für den Zeitraum zwischen Januar und März 2022 mehr als 40.300 illegale Grenzübertritte ergeben. Dies sei ein Plus von 57% gegenüber dem Vorjahr. Fast die Hälfte der irregulären Migration entfalle dabei auf die Westbalkanroute. Mit 18.300 illegalen Grenzübertritten habe sich die Gesamtzahl auf der Route im Quartalszeitraum mehr als verdoppelt. Deutliche Anstiege seien auch auf den übrigen Fluchtrouten zu verzeichnen gewesen. So habe es aufgrund der signifikant erhöhten Zahl an Aufdeckungen auf Zypern (allein 5.100) auf der östlichen Mittelmeerroute gleichfalls eine Verdopplung (über 7.005 illegale Grenzübertritte, +132%) gegeben. Der prozentual stärkste Anstieg (+714%) sei an den

östlichen EU-Außengrenzen zu beobachten gewesen. Laut Frontex ist dieser darauf zurückzuführen, dass ein kleiner Teil ukrainischer Staatsangehöriger (950) versuche, illegal in die EU einzureisen. Zugenommen hätten zwischen Januar und März 2022 auch die irregulären Migrationsbewegungen über den Ärmelkanal in Richtung GBR (+190%). Mit mehr als 8.900 Aufdeckungen habe sich die Zahl fast verdreifacht. Frontex verweist darauf, dass es durch Landpatrouillen und Luftüberwachung frühzeitig gelungen sei, 55% der Ausreiseversuche aufzudecken. Den geringsten Anstieg (+70%, 5.850 Aufdeckungen) habe es schließlich auf der Westafrikaroute gegeben. Die am häufigsten festgestellten Nationalitäten waren laut Frontex Syrer und Afghanen (Westbalkanroute), Nigerianer und Kongolesen (östliches Mittelmeer) sowie Marokkaner und Guineer (Westafrikaroute).

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/q1-illegal-border-crossings-into-eu-highest-since-2016-vvVOak>

EDPS; Europäischer Datenschutzbeauftragter stellt Jahresbericht 2021 vor

Der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDPS), Wojciech Wiewiórowski, hat am 20.04.2022 seinen Jahresbericht für das Jahr 2021 vorgestellt. Schwerpunkte des Berichts sind die Einhaltung des Datenschutzrahmens durch die EU-Institutionen sowie die stärker werdende Rolle des EDPS im Rahmen der Achtung der Privatsphäre und der Einhaltung des Datenschutzes bei der EU-Gesetzgebung. So habe der EDPS im Jahr 2021 verstärkt von seinen Kontroll- und Korrekturkompetenzen Gebrauch gemacht. Exemplarisch weist er in seinem Bericht auf die Anordnung zur Löschung von Daten, die in keinem nachgewiesenen Verhältnis zu kriminellen Aktivitäten stehen, gegenüber dem Europäischen Polizeiamt (Europol) hin. Zudem habe der EDPS mit 88 Stellungnahmen, einschließlich förmlicher Kommentare, im Jahr 2021, verglichen mit 27 im Jahr 2020, eine Rekordzahl von Gesetzgebungsvorhaben auf EU-Ebene begleitet.

https://edps.europa.eu/system/files/2022-04/2022-04-20-edps_annual_report_2021_en.pdf

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Wettbewerb „Youth4Regions“ für Journalismus-Studierende

Die Kommission hat am 11.04.2022 den diesjährigen Wettbewerb „Youth4Regions“ eröffnet. Journalismus-Studierende und junge Journalistinnen und Journalisten aus den Mitgliedstaaten, den Nachbar- und Beitrittsländern können sich bis zum 11.07.2022 für den sechsten Youth4Regions-Wettbewerb bewerben. Dazu muss ein kurzer Artikel, ein Foto oder eine Videoreportage über ein vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (einschließlich Interreg) oder vom Kohäsionsfonds kofinanziertes Projekt eingesendet werden. Die Gewinner werden vom 08.-14.10. in Brüssel zusammenkommen, um an Schulungen teilzunehmen, mit erfahrenen Journalistinnen und Journalisten zusammenzutreffen und die EU-Institutionen und Medienorganisationen zu besuchen. Das Bewerbungsformular und die Teilnahmebedingungen sind auf der Webseite des Programms verfügbar. Mehr als 130 Personen aus ganz Europa haben an dem Programm seit seinem Start 2017 teilgenommen.

https://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/communication/youth4regions

Veranstaltungen

Gespräche von Staatssekretär Becker am 05.-06.04.2022 in Straßburg

Am 05.04.2022 sprach Staatssekretär Uwe Becker mit MdEP Ralf Seekatz (EVP/DEU) zu den Themen EU-Finanzdienstleistungen, Taxonomie, zum EU-Geldwäschepaket und zur Standortfrage der EU-Antigeldwäschebehörde (AMLA). Anschließend nahm Staatssekretär Becker an einer Sitzung der CDU/CSU-Gruppe mit Botschafter Dr. Christoph Heusgen, dem Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz, zum Thema Auswirkungen des Ukrainekrieges teil. In einem Gespräch mit MdEP Daniel Caspary (EVP/DEU), dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im EP, ging es vor allem um die Themen Folgen des Ukrainekrieges für die EU und Prioritäten des EP in der 2. Hälfte der Legislaturperiode sowie Lieferkettengesetz. Im Gespräch mit MdEP Markus Ferber (EVP/DEU), dem Koordinator der EVP im ECON-Ausschuss, standen die Themen Mittelstandspolitik, EU-Finanzdienstleistungen, Taxonomie und EU-Geldwäschepaket (AMLA) im Vordergrund. Am 06.04.2022 sprach Staatssekretär Becker mit den hessischen Abgeordneten Vizepräsidentin Nicola Beer (RN/DEU), MdEP Dr. Udo Bullmann (S&D/DEU), MdEP Engin Eroglu (RN/DEU), MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) und MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU) zu den Themen Mittelstandspolitik, CSRD-Berichterstattung, Lieferkettengesetz und Wahlrechtsreform. Im Anschluss fand ein Gespräch mit dem stellv. EVP-Fraktionsvorsitzenden MdEP Siegfried Mureşan (EVP/ROM) zu den Themen: Folgen des Ukrainekrieges und EU-Geldwäschepaket (AMLA) statt. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit EP-Vizepräsidentin Dr. Katarina Barley (S&D/DEU) stand das Thema Rechtsstaatsmechanismus und die aktuelle Situation in HUN und POL. Das Gespräch mit der stv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe MdEP Dr. Angelika Niebler (EVP/DEU) drehte sich um die Themen Folgen des Ukrainekrieges, Prioritäten des EP in der 2. Hälfte der Legislaturperiode und Wahlrechtsreform. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit EP-Vizepräsidentin MdEP Nicola Beer (RN/DEU) standen die Themen Folgen des Ukrainekrieges, EU-Finanzdienstleistungen, EU-Geldwäschepaket (AMLA), CSRD-Berichterstattung und Lieferkettengesetz. Beim Gespräch mit dem Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand der EVP-Fraktion MdEP Jens Gieseke (EVP/DEU) standen die Themen CO2-Grenzwerte, Mittelstandspolitik, CSRD und Lieferkettengesetz im Vordergrund. Im Gespräch mit MdEP Axel Voss (EVP/DEU), dem Schattenberichterstatter der EVP zum Lieferkettengesetz, ging es um die Interessen der KMU bei der Ausgestaltung des künftigen europäischen Lieferkettengesetzes. Mit dem Vorsitzenden der SPD-Gruppe im EP MdEP Jens Geier (S&D/DEU) sprach Staatssekretär Becker über die Themen Haushaltspolitik und die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Standortfrage AMLA.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

Keine Sitzungen

Rat

03.05.2022 Sitzung der Eurogruppe als Videokonferenz

Europäische Kommission

27.04.2022 Sitzung der Kommission in Brüssel

Legale Migration - Paket für Kompetenzen und Talente
Mitteilung über Kompetenzen und Talente
Neufassung der Richtlinie über langfristig
Aufenthaltsberechtigte
Neufassung der Richtlinie über die kombinierte Erlaubnis
Digitalisierung der Visumverfahren
Initiative gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren gegen
Journalisten und Rechtsverteidiger
Überarbeitung der Haushaltsordnung

03.05.2022 Sitzung der Kommission in Straßburg

Erneuerte strategische Partnerschaft mit den Regionen in
äußerster Randlage
Europäischer Raum für Gesundheitsdaten

Europäisches Parlament

02.-05.05.2022 Plenarsitzung in Straßburg

Allgemeine unmittelbare Wahl der Mitglieder des
Europäischen Parlaments
Änderung der Verordnung (EU) 2019/1021 über persistente
organische Schadstoffe
Das Mandat von Europol stärken: Zusammenarbeit mit
privaten Parteien, Verarbeitung personenbezogener
Daten und Unterstützung bei Forschung und Innovation
Die Rolle der Fischerei und der Aquakultur für eine
nachhaltige blaue Wirtschaft in der EU
EU-Aktionsplan für biologische Landwirtschaft
Verfolgung von Minderheiten aus Gründen der
Weltanschauung oder Religion
Eine Strategie der EU zur Förderung der Bildung von
Kindern auf der ganzen Welt
Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen
durch Unternehmertum und Selbstständigkeit

Künstliche Intelligenz im digitalen Zeitalter
Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die
Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt
Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: Verlängerung des
Anwendungszeitraums der fakultativen Umkehrung
der Steuerschuldnerschaft bei Lieferungen bestimmter
betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen
und des Schnellreaktionsmechanismus gegen
Mehrwertsteuerbetrug
Anwendung der Bestimmungen des Schengen-
Besitzstands im Bereich des Schengener
Informationssystems in Zypern
Aussprache über auswärtige Angelegenheiten in
Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen
Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
Gemeinsame Aussprache - Entlastung 2020 (53 Berichte)
Wettbewerbspolitik – Jahresbericht 2021

Ausschuss der Regionen

27. – 28.04.2022

149. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen
Entschießung zur Lage in der Ukraine
Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und dem
Vereinigten Königreich auf subnationaler Ebene und
Abmilderung der territorialen Auswirkungen des Austritts
des Vereinigten Königreichs aus der EU
Neues Europäisches Bauhaus: attraktiv – nachhaltig –
gemeinsam
Europäische Missionen
Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei
gesundheitlichen Notlagen
Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Gewährleistung
einer globalen Mindestbesteuerung für multinationale
Unternehmensgruppen in der Union
Stärkung der Demokratie und Integrität der Wahlen
Europäische Hochschulstrategie
Künftige EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen für
Landwirtschaft, ländliche Gebiete und Forstwirtschaft
Neue EU-Waldstrategie für 2030
Anpassung des EHS und des CO₂-
Grenzausgleichssystems an die Bedürfnisse der Städte
und Regionen der EU
Änderung der Energieeffizienz-Richtlinie zur Anpassung an
die neuen Klimaziele für 2030
Für eine sozial gerechte Umsetzung des Grünen Deals
Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zur
Anpassung an die neuen Klimaziele für 2030
Entschießung „REPowerEU: Städte und Regionen bringen
die Energiewende voran
Überarbeitung der LULUCF- und der
Lastenteilungsverordnung

Europäischer Gerichtshof

- 26.04.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-368/20 Landespolizeidirektion Steiermark und C-369/20 Bezirkshauptmannschaft Leibnitz (Maximale Dauer innereuropäischer Grenzkontrollen)
Wiedereinführung von Grenzkontrollen
- 26.04.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-401/19 Polen / Parlament und Rat
Urheberrechtliche Haftung von Anbietern von Online-Sharing-Diensten
- 26.04.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-237/21 Generalstaatsanwaltschaft München (Ersuchen um Auslieferung nach Bosnien-Herzegowina)
Schutz für EU-Bürger vor Auslieferung an einen Drittstaat
- 27.04.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-674/20 Airbnb Ireland
Steuerliche Auskunftspflichten von Vermittlern touristischer Unterkünfte in der Region Brüssel
- 28.04.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-319/20 Meta Platforms Ireland
Datenschutz – Klagebefugnis von Verbraucherschutzverbänden
- 28.04.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-559/20 Koch Media
Erstattungsfähige Rechtsanwaltskosten für Abmahnung wegen Filesharing
- 28.04.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-86/20 Vinařství U Kapličky
Einfuhr von Wein aus einem Drittstaat – hier: Moldawien
- 28.04.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-237/20 Federatie Nederlandse Vakbeweging (Pre-pack-Verfahren)
Schutz der Arbeitnehmer bei Betriebsübergang
- 28.04.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-677/20 IG Metall und ver.di
Unternehmensmitbestimmung in einer durch Umwandlung gegründeten SE
- 28.04.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-344/20 S.C.R.L. (Kleidungsstück, das mit einer Religion in Verbindung gebracht wird)
Verbot der Diskriminierung aufgrund der Religion
- 28.04.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-83/21 Airbnb Ireland und Airbnb Payments UK

Steuerrechtliche Pflichten bei Vermittlung von Kurzzeitmiete in Italien

- 05.05.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-179/21 Victorinox
Informationspflicht von Internethändlern in Bezug auf Herstellergarantien
- 05.05.2022 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-451/19 und C-532/19 Subdelegación del Gobierno en Toledo (Aufenthalt eines Familienmitglieds – Unzureichende Existenzmittel)
Aufenthaltsrecht drittstaatsangehöriger Familienmitglieder
- 05.05.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-83/20 BPC Lux 2 u.a.
Abwicklung der portugiesischen Banco Espírito Santo
- 05.05.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-61/21 Ministre de la Transition écologique und Premier ministre (Haftung des Staates für Luftverschmutzung)
Staatshaftungsklage wegen Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung
- 05.05.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-700/20 London Steam-Ship Owners' Mutual Insurance Association
Haftung für Schäden aufgrund des Untergangs des Öltankers Prestige
- 05.05.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-120/21 LB (Verjährung des Anspruchs auf bezahlten Jahresurlaub)
Verjährung von Urlaubsansprüchen
- 05.05.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-646/20 Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Anerkennung ausländischer Privatscheidungen
- 05.05.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-311/21 TimePartner Personalmanagement
Vergütung von Leiharbeitnehmern im Vergleich zu Stammarbeitnehmern

Europäisches Gericht

- 02.05.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-334/19 Google und Alphabet / Kommission (Google AdSense for Search)
Missbrauch beherrschender Stellung auf dem Markt der Online-Werbung

- 03.05.2022 Fortsetzung der gestrigen mündlichen Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-334/19 Google und Alphabet / Kommission (Google AdSense for Search)
- 04.05.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-718/20 Wizz Air Hungary / Kommission (TAROM; Rettungsbeihilfe) Rettungsbeihilfe für rumänische Fluglinie TAROM
- 04.05.2022 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-334/19 Google und Alphabet / Kommission (Google AdSense for Search)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 06.05.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA